

1 **SPD OV Garrel**

2
3 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

4 **Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen müssen beendet werden**

5
6
7 Der Einsatz von Leiharbeitern und Werkvertragsarbeitern ist in den vergangenen Jahren in extremer
8 Weise ausgeübt. Nicht eine Stammebelegschaft mit Arbeitsverträgen mit tarifgerechter Bezahlung ist
9 das wesentliche Fundament der Mitarbeiterstruktur in einer Firma, nein vielmehr besteht in vielen
10 Betrieben die Mehrzahl der Belegschaft und Werkvertragsarbeiter bzw. Leiharbeiter. Hierbei kommt
11 es nicht nur in seltenen Fällen zu Quoten von mehr als 60 – 70 Prozent von Werkvertragsarbeitern
12 oder Leiharbeitskräften. Die Unternehmen der Fleischverarbeitung haben sich hierbei in den letzten Jah-
13 ren als sehr unrühmliche Ausnahmen gezeigt, wobei es auch hier Unternehmen gibt, die nicht mehr
14 auf Werkverträge und Leiharbeit setzen, sondern auf eine Stammebelegschaft. Dieses ist jedoch eine
15 sehr verschwindend geringe Anzahl von Betrieben. Die Bundesregierung hat in ihrem aktuellen Geset-
16 zesentwurf das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen in der Fleischindustrie bis auf wenige Aus-
17 nahmen beschlossen, aber dieses ist ein guter Einstieg, aber noch lange nicht ausreichend.

18
19 Die Geißel der Leih- und Werkvertragsarbeit und deren Missbrauch haben mittlerweile in vielen In-
20 dustriezweigen in der Produktion, z. B. im Schiffbau, Einzug gehalten. Tariflöhne und Arbeitnehmer-
21 rechte werden mehr und mehr unterwandert bzw. ausgehöhlt. Billigarbeiter aus anderen EU-Staaten
22 werden zum Teil unter fragwürdigen Umständen untergebracht und auf dem geringstmöglichen Ni-
23 veau bezahlt. Arbeitnehmerrechte für diese Werkstätigen gibt es nicht. Die Firmen entziehen sich hier-
24 bei ihrer Verantwortung gegenüber diesen Beschäftigten, oftmals mit dem Hinweis, dass hierfür die
25 Entsendefirmen verantwortlich sind. Eine Firma, die mit der Arbeitskraft und Produktivität von Leih-
26 und Werkvertragsarbeitern Gewinne erzielt, muss auch für das Wohlergehen der Beschäftigten,
27 die im Namen und für die diese Firma tätig sind, Pflichten übernehmen.

28
29 Der Einsatz und Kampf für gerechte Bezahlung und ordnungsgemäße Arbeitsbedingungen ist eine
30 zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik

31
32 Der SPD OV Garrel fordert daher:

- 33
34 1. Die Stammebelegschaft muss wieder die reguläre Beschäftigungsform werden.
35 2. Werkvertrags- und Leiharbeit sind per Gesetz für alle Branchen auf ein geringstes Mindestmaß
36 zu beschränken. Die bestehende gesetzliche Regelung muss ausgeweitet werden, damit einer
37 Zersplitterung verhindert wird
38 3. Arbeitnehmer, die im Rahmen von z.B. Überkapazitäten temporär in Firmen eingesetzt wer-
39 den, müssen einen Lohnaufschlag von mindestens 15 % über dem Durchschnittslohn dieser
40 Tarifgruppe erhalten.
41 4. Firmen, die Leih- und Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigen, müssen neben den Entsende-
42 firmen, verantwortlich für ordnungsgemäße Bezahlung und Unterbringung der Beschäftigten
43 sein.
44 5. Eine automatische Verknüpfung der Arbeitsverträge mit der Unterbringung sollte nicht gestat-
45 tet sein, vielmehr sollte man den Arbeitnehmern Unterbringungsangebote zu vernünftigen
46 Preisen machen, über die sie dann frei entscheiden können.

- 1 6. Die Kontrolle der Unterbringung der Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern mit Werkvertrag
2 oder in Leiharbeit muss den zuständigen Kommunalbehörden und Gewerbeaufsichtsämtern
3 durchgehend und lückenlos erfolgen. Hierzu müssen die zuständigen Ämter sachlich und vor
4 allem personell ausgestattet sein.
5 7. Unternehmen, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen haben Sorge dafür zu tragen, dass
6 Sprachbarrieren beseitigt werden. Dies gilt auch und im Besonderen auf arbeitsrechtliche Best-
7 immungen.
8 8. Die betriebliche Mitbestimmung durch die Bildung von Betriebsräten sollte gefördert und un-
9 terstützt werden

10
11
12 Begründung:

13
14 Die derzeitige Handhabung von Leiharbeit und Werkarbeitsverträgen untergräbt weite Teile von Arbeits-
15 recht und Arbeitnehmerrechten und fördert das Lohndumping. Was SPD und Gewerkschaften in den
16 letzten Jahrzehnten gefordert und auch durchgesetzt haben wird hierdurch konterkariert. Es ist des-
17 halb an uns, diese Entwicklung in einem der ureigensten Themenfeldern der Sozialdemokratie zu kor-
18 rigieren.

19 Das derzeit von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz, nur für die Fleischindustrie, bekämpft nur
20 einen aktuell sehr öffentlichkeitswirksam dargestellten Problembereich von Werkvertrag und Leihar-
21 beit und auch nicht in allen Betrieben und mit aller Konsequenz. Jedoch hat sich das Problem von Leih-
22 und Werkvertragsarbeit bereits in weiteren Branchen sehr stark festgesetzt. Hier gilt es zum Wohle von
23 Arbeitnehmern, sozial verantwortlich, eine spürbare Veränderung zu erreichen.

24
25
26
27 Behandlung:

- 28
29 Annahme
30 Ablehnung
31 Nichtbehandlung
32 Antrag zurückgezogen

33
34 Weiterleitung an:
35
36
37